



- Sensibilisierung von Eltern im Rahmen von Elternabenden,
- Workshops für Schulklassen sowie
- Fokussierung der Präventionsmaßnahmen auf das Thema der Beeinflussung von sozialen Medien, insbesondere der Plattform TikTok, durch Extremisten.

In diesem Zusammenhang geht das LfV neue Wege, um interdisziplinäre Synergien zu schaffen. So ist seit dem Schuljahr 2024/2025 eine Lehrkraft eines Gymnasiums zum LfV mit einer Teilzeitstelle abgeordnet, um Workshops zur Extremismusprävention für den Schulunterricht zu entwickeln und anzuwenden. Die Veranstaltungen des LfV sind dabei in das pädagogische Konzept der jeweiligen Schule eingebettet.

Im Berichtsjahr war das LfV erstmals mit extremistischen Vorfällen an Grundschulen befasst. Es wurden Sensibilisierungstermine für Lehrkräfte und Eltern durchgeführt. Zudem entwickelte das LfV ein Workshopkonzept für Grundschülerinnen und -schüler zur Extremismusprävention, das von einer kooperierenden Grundschule pädagogisch geprüft und erprobt werden soll. Bei Bedarf soll das Konzept perspektivisch an Grundschulen angeboten werden.

Im Rahmen des Austauschforums Extremismus, das zusammen mit dem Staatlichen Schulamt Fulda initiiert und unter Beteiligung des Polizeipräsidiums Osthessen vom LfV durchgeführt wurde, wurden aktuelle Themen wie zum Beispiel der Nahostkonflikt und Antisemitismus behandelt. Das Forum fungiert als regelmäßige Kommunikations- und Kooperationsplattform, um interdisziplinär an Lösungsstrategien zur Bekämpfung von Extremismus im schulischen Bereich zu arbeiten. Im Berichtsjahr wurde das Gremium von besonders engagierten Lehrkräften bzw. Schulleitungen aus sämtlichen Schulformen, die mit dem LfV zusammenarbeiten, verstärkt.

Zusammen mit dem Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen sowie mit dem HKE setzte das LfV seine Präventionsarbeit im Kultusbereich mit seiner Beteiligung an der Fortbildung der „Netzwerk-Lotsen“ fort. Diese „Lotsen“ sind an Schulen federführend für die Extremismusprävention zuständig. Schulamtsübergreifend und schulamtsbezogen führte das LfV daneben eine Vielzahl von Fortbildungen zu verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen durch.

Prävention für Justiz und Polizei

Im Justizressort führte das LfV regelmäßig Sensibilisierungsmaßnahmen durch und bildete dabei auch Justizvollzugsbeamte fort. Zudem veranstaltete das LfV Justizseminare zu den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Reichsbürger und Selbstverwalter sowie Islamismus für Richter, Staatsanwälte und Bewährungshelfer in Zusammenarbeit mit der Justizakademie Hessen des Hessischen Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat.

Das LfV war regelmäßig und anlassbezogen in die Aus- und Fortbildung der Hessischen Polizei eingebunden und hielt auf Anfrage Vorträge vor Studiengruppen an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS). Das LfV beteiligte sich auch mit Vorträgen für Staatsschützer an den Staatsschutzmodulen der HöMS. Seit 2020 führt das LfV ein eigenes Wahlpflichtmodul an der HöMS in Kassel für den Fachbereich Polizei zum Thema „Extremismus“ durch.



Seit 2019 hat das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX) des LfV eine hohe dreistellige Zahl an Führungskräften und Einsatzkräften mehrerer hessischer Polizeibehörden im Rahmen einer Vielzahl von Einzelterminen über Rechtsextremismus aufgeklärt und sensibilisiert. Während eines Fachtags der Hessischen Polizei zum Thema „Aktuelle Entwicklungen, Debatten und Strategien im Rechtsextremismus“ im März 2024 sensibilisierte das LfV zum Beispiel etwa 100 Polizisten in Bezug auf dieses Thema, wobei auch über ein gemeinsames präventives Vorgehen gegen rechtsextremistische Bestrebungen und Strategien diskutiert wurde. Darüber hinaus führte das LfV bei der Bundespolizei in Frankfurt am Main erneut Fortbildungen durch.

Weitere Präventionsmaßnahmen

Seit 2020 veranstaltet das LfV jährlich ein Seminar zu den verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen für die Zentrale Fortbildung (ZF) Hessen. Führungskräfte und Beschäftigte des Landes Hessen sollen über das Angebot die Möglichkeit erhalten, sich in einem interdisziplinären Teilnehmerfeld auszutauschen und zu den verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen übergreifend fortzubilden.

Auch im Berichtsjahr setzte das LfV verstärkt auf die Beteiligung an öffentlichen Veranstaltungen. So referierten Vertreterinnen und Vertreter des LfV bei einer Vielzahl von öffentlichen Veranstaltungen. Die rege Teilnahme an den Diskussions- und Fragerunden im Anschluss an die Veranstaltungen zeigt, wie groß das Interesse der Zuhörerinnen und Zuhörer an der Arbeit des Verfassungsschutzes war, wobei in diesem Zusammenhang auch kritische Fragen gestellt und seitens des LfV beantwortet wurden.

Prävention im Zeichen des Nahostkonflikts

Im Kontext des islamistischen Terrorangriffs auf Israel am 7. Oktober 2023 und der daraus resultierenden bundesweiten propalästinensischen, auch antisemitischen Proteste beteiligte sich das LfV an den koordinierten Maßnahmen der im damaligen Hessischen Ministerium des Innern und für Sport eingerichteten Task Force „Nahostkonflikt“. Bereits zwischen Oktober und Dezember 2023 informierte das LfV Polizeibeamte aller hessischen Präsidien, der Präsidien für Einsatz und Technik, des HLKA, der HöMS sowie der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main in mehreren umfassenden Fortbildungsveranstaltungen über die Hintergründe und aktuellen Entwicklungen des Nahostkonflikts. Spezielle Aufgabe des LfV

war es, eine ideologische Einordnung von Symbolen und Flaggen einschließlich der extremistischen Gruppierungen im Kontext des Nahostkonflikts und des israelfeindlichen Antisemitismus vorzunehmen sowie dessen zahlreiche Facetten zu veranschaulichen. Auch war das LfV an der Erstellung einer entsprechenden Handreichung beteiligt.

Im Berichtsjahr setzte sich diese Präventionsarbeit nahtlos fort. Das LfV reagierte mit eigenen Fortbildungsangeboten auf die Lage im Nahen Osten bzw. die daraus resultierenden Ereignisse in Hessen und stellte auf seiner Homepage entsprechende Beiträge ein: „Islamistische Gruppierung ‚Realität Islam‘ adressiert mit [antisemitischer] Kampagne die ‚Mehrheitsgesellschaft‘“ und „Was sagen eigentlich Rechtsextremisten zum Krieg im Nahen Osten?“ Schließlich konzipierte die PAAF ein Fortbildungsangebot zu den Themen „Genese und aktuelle Entwicklungen im Nahostkonflikt“ sowie „Israelbezogener Antisemitismus“ und führte entsprechende Veranstaltungen für verschiedene Bedarfsträger wie Polizei, das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Kommunen, Regierungspräsidien und Schulen durch. Einen besonderen Fokus richtete die PAAF auf antiisraelische und antisemitische Vorfälle an hessischen Hochschulen. Im Dezember 2023 referierte sie auf einer außerordentlichen Hochschulleitungstagung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst zum Thema „antiisraelischer Antisemitismus an hessischen Hochschulen“. Im August 2024 war die Forschungsstelle zu einem Impulsvortrag bei dem Hochschulausschuss der Kultusministerkonferenz eingeladen und trug dort Erkenntnisse zum israelbezogenen Antisemitismus an Hochschulen mit Blick auf das gesamte Bundesgebiet vor. Auch die Hochschulen selbst nutzten das neue Fortbildungsangebot der PAAF. Darüber hinaus wurden die Vorträge und Workshops, die den Antisemitismus als Querschnittsphänomen in allen ideologischen Erscheinungsformen und tradierten Narrativen in den Blick nahmen, nach dem Terrorangriff der HAMAS von verschiedenen Bedarfsträgern stark nachgefragt.



Im Bereich seiner Aufgaben und Tätigkeiten ist das LfV auch dem Schutz von jüdischen Menschen und in Hessen lebenden israelischen Staatsangehörigen sowie der konsequenten Bekämpfung des Antisemitismus verpflichtet. Über die PAAF besteht ein regelmäßiger Austausch mit den jüdischen Gemeinden in Hessen, der infolge der mit dem 7. Oktober verbundenen Ereignisse intensiviert wurde. Im Rahmen der Präventionsarbeit im Bereich Antisemitismus sollen persönliche Begegnungen mit Juden ermöglicht und ein Kennenlernen jüdischer Geschichte und Gegenwart gefördert werden. So empfing die Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main im Dezember Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter der HöMS in Kassel zusammen mit Referentinnen und Referenten des LfV im Rahmen des Wahlpflichtmoduls „Extremismus“. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden die Entwicklung jüdischen Lebens in der Mainmetropole sowie religiöse Riten und Rituale im Judentum während einer Führung durch die Westend-Synagoge veranschaulicht. Im Anschluss schilderte eine Vertreterin der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main die Auswirkungen des Terrorangriffs der HAMAS auf den Alltag von in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden.

Meldestelle Hessen gegen Hetze

Mit der 2020 gegründeten Meldestelle Hessen gegen Hetze unterhielt das LfV eine Kooperation, wobei vor allem ein regelmäßiger Austausch gepflegt und Präventionstermine gemeinsam wahrgenommen wurden. Ziel der durch das Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) des Hessischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz betriebenen Meldestelle ist es, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, den zuständigen Behörden Hate Speech einfach und schnell zu melden.

Der Meldestelle Hessen gegen Hetze können auch Sachverhalte gemeldet werden, die keinen Onlinebezug haben. Darunter fallen zum Beispiel extremistische Aktivitäten wie Flugblattverteilungen und Infostände, die nicht direkt mit Hate Speech in Verbindung stehen.

Die Meldestelle ist erreichbar unter:
www.hessengegenhetze.de.

Informationsangebote des LfV

Damit sich die Bürgerinnen und Bürger gezielt mit verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen auseinandersetzen können, veröffentlicht das LfV Informationsbroschüren. Folgende Publikationen können beim LfV direkt angefordert bzw. über dessen Internetpräsenz **www.lfv.hessen.de** abgerufen werden:

- Verfassungsschutz in Hessen – Beobachten, analysieren und informieren.
- Extremismus erkennen – Handreichung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Flüchtlingshilfe.
- Salafismus: Extremistische Bestrebungen in Hessen.
- Die „Neue Rechte“ – Eine Gefahr für unsere Demokratie.
- Kennzeichen und Symbole der Rechtsextremisten.
- Gedenk- und Jahrestage von Rechtsextremisten.
- Rechtsextremismus und Sonnenwendfeiern.
- Verfassungsfeindliche Bestrebung: „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“.

- Mit Militanz zur Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“.
- PAAF Analysen 1 – „... und diese Gerüchte stammen nicht von irgendwelchen Nazis!“ Eine Studie zu Erscheinungsformen und ideologischen Hintergründen antisemitischer Agitation in den sozialen Netzwerken.
- PAAF Analysen 1 – In aller Kürze.
- PAAF Analysen 2 – Filter ohne Blase. Wie die rechtsextremistische Szene sich über das politische Tagesgeschehen informiert.
- PAAF Analysen 2 – In aller Kürze.

Darüber hinaus finden sich weitere Informationsmaterialien auf den Internetseiten des BfV (**www.verfassungsschutz.de**) und den anderen Landesämtern für Verfassungsschutz.

Prävention für die Wirtschaft

Informationen über die Aktivitäten und Dienstleistungen des LfV zum Thema „Wirtschaftsschutz“ finden Sie im Kapitel Spionage- und Cyberabwehr/Wirtschaftsschutz.

Kontakt und Internetpräsenz



Alle Bürger können sich an das LfV wenden. Die Homepage des LfV ist unter **www.lfv.hessen.de** aufrufbar. Auf der Homepage steht auch ein Kontaktformular zur Verfügung.

Für Fragen zur Prävention ist das LfV unter der Telefonnummer **0611-720/1966** und der E-Mail-Adresse

praevention@lfv.hessen.de zu erreichen.

Fragen zum Thema „Wirtschaftsschutz“ können an die E-Mail-Adresse

wirtschaftsschutz@lfv.hessen.de gerichtet werden.

EXTREMISMUS IN HESSEN – IM BESONDEREN FOKUS

- Fokus # 1: „TikTokisierung“ des Extremismus
- Fokus # 2: Extremistisches Personenpotenzial in Hessen – Gewaltorientierung
- Fokus # 3: Politisch motivierte Kriminalität (PMK): Entwicklung der extremistischen sowie der antisemitischen Straf- und Gewalttaten

FOKUS # 1: „TIKTOKISIERUNG“ DES EXTREMISMUS

Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung und der unaufhaltsamen Omnipräsenz der sozialen Medien in unserer alltäglichen Lebenswelt hat sich auch das Auftreten von Extremisten im digitalen Raum professionalisiert. Es beeinflusst vor allem das Verhalten von Angehörigen der Generation Z, also der zwischen 1996 und 2010 geborenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Das wohl bekannteste Beispiel hierfür im Berichtsjahr ist das Grölen der rechts-extremistischen Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ zu dem Partyhit „L’amour toujours“ von Gigi D’Agostino in einem Club auf Sylt. Ursprünglich auf TikTok verbreitet, fanden sich Videoclips mit dem volksverhetzenden Text auch auf YouTube und anderen Plattformen.

Dass Extremisten – vor allem Rechtsextremisten und Islamisten – ihre historisch oft rückwärtsgewandten antidemokratischen Vorstellungen mit Hilfe modernster digitaler Technologie verbreiten, ist offenbar ein Widerspruch in sich. Einer der maßgeblichen Vordenker der Neuen Rechten und Rechtsextremisten ist sich dieser Paradoxie bewusst. In einem in einer rechts-extremistischen Zeitschrift veröffentlichten Artikel („TikTok-Patriotismus. Versuch über rote Linien“) wird dazu gefragt: „Wie tief darf man als Rechter dabei sinken? Wie weit kann man mit der Moderne mitgehen, ohne den eigenen Standpunkt aufzugeben?“

Extremisten haben hierauf mittlerweile eine eindeutige Antwort gegeben: Die Nutzung sozialer Medien ist aktuell ein integraler und zentraler Bestandteil ihres Kampfs gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Damit werden soziale Medien zu Startrampen für den Extremismus. So haben sich Extremisten hinsichtlich ihrer bevorzugten Zielgruppe der Generation Z neue Wege für extremistische Normalisierungs-, Mobilisierungs-, Rekrutierungs- und Radikalisierungsprozesse erschlossen. Die schnelle Verfügbarkeit einer kaum überschaubaren Informationsmenge, plakative, oft nur wenige Sekunden dauernde Videos und die Plattformpolitik der sozialen Medien ermöglichen den Nutzern einen direkten Zugang zu extremistischen Inhalten. Der Extremismus wird in den sozialen Medien über eine Lifestylewelt verbreitet, die einen scheinbar „normalen“ Einblick in den Alltag gibt. Häufig findet keine kritische Auseinandersetzung mit den extremistischen Kontexten der Videos statt. Dies ist umso gefährlicher, als nach einer im März 2025 veröffentlichten Studie des Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ) 25 Prozent aller 10- bis 17-Jährigen soziale Medien, digitale Spiele und Streaming in einem riskanten oder krankhaften Umfang nutzen. Dies betrifft 1,3 Millionen Kinder und Jugendliche, von denen 4,7 Prozent als abhängig bzw. süchtig einzustufen sind.



Die Generation Z wächst in einer „hybriden Lebenswelt“ auf, das heißt, das digitale Geschehen ist für viele junge Menschen genauso real, wie das, was analog passiert. Die in ihrer alltäglichen Lebenswelt fest verankerten sozialen Medien und das Internet bieten ihnen zahlreiche Möglichkeiten sozialer Interaktion in der digitalen Welt, ohne dass damit ein gesellschaftliches Korrektiv in der analogen Welt verknüpft ist. Die größte Problematik in Bezug auf Extremismus in der digitalen Welt besteht darin, dass sich für viele junge Menschen ihr Wahrheitsanspruch nicht danach orientiert, aus welcher Quelle eine Information stammt und somit kein Hinterfragen der Inhalte stattfindet. Für viele richtet sich ihr Wahrheitsanspruch danach, wie viele Likes die Inhalte erhalten haben, wie viele Menschen in den Kommentarspalten zugestimmt haben und wie häufig sie die Inhalte konsumiert haben. Dies geht einher mit der Entwicklung, dass Extremisten eine deutlich höhere Reichweite und Sichtbarkeit als in der Vergangenheit erzielen und in vielen Teilen der sozialen Medien die Deutungshoheit erzielt haben.

Durch die relative Abschottung von der „realen Welt“ kann eine „parasoziale“ Beziehung zwischen Nutzer und Extremist entstehen, also eine persön-

liche (emotionale) Verbindung zu einer Person, der man tatsächlich nie begegnet ist. Die algorithmischen Empfehlungssysteme der sozialen Medien sowie die Echokammereffekte ermöglichen sich radikalisierte Kommunikationen und können zu einer sogenannten Speed- bzw. Turbo-Radikalisierung beitragen.

Infobox



Der **Echokammereffekt** beschreibt in den Kommunikationswissenschaften, dass es durch den verstärkten virtuellen Umgang mit Gleichgesinnten in sozialen Medien zu einer Verengung der Weltsicht kommt, die zu Bestätigungsfehlern führen kann. Dieser Effekt ist mit der Filterblase (*filter bubble*) oder Informationsblase verwandt. Eine Echokammer ist letztlich ein sozialer Raum, in dem die eigene Meinung gespiegelt und nicht mit anderen Meinungen konfrontiert wird, sodass es automatisch zu einer Verstärkung der eigenen Meinung kommt. Dabei ist der Begriff des sozialen Raums nicht zwangsweise auf virtuelle Kontakte in sozialen Medien beschränkt, denn auch in realen sozialen Gruppen kommt es immer wieder dazu, dass man sich nur mit Gleichgesinnten austauscht und dadurch in seinen eigenen Meinungen bestärkt wird¹.



Extremisten nutzen alle sozialen Medien, jedoch ist die 2016 in China entstandene Plattform TikTok gegenwärtig vor allem für die rechtsextremistische und islamistische Szene ein zentraler Schauplatz im Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, da die Generation Z bevorzugt dieses Medium benutzt.

Die Kernfunktion von TikTok besteht in der Unterhaltung der Nutzer in Form von *user generated media*. Das heißt, dass jeder Nutzer – unabhängig von seiner Professionalität und Reichweite – selbst Inhalte produzieren und damit den Unterhaltungswert der Plattform steigern kann. Hinsichtlich der Funktionen ori-

entiert sich TikTok an YouTube und Instagram, wo audiovisuelle Inhalte in Form von Videos und Collagen veröffentlicht, konsumiert, kommentiert und geteilt werden.

Die TikTok-Nutzer verbringen die überwiegende Zeit auf der „Für-Dich-Seite“, einem algorithmusbasierten Videostream. TikTok bezeichnet diese Seite als einen „Teil ihres Erfolgsrezepts“. Der Feed ist für jeden Nutzer einzigartig und auf seine individuellen Interessen zugeschnitten. TikTok analysiert das Nutzerverhalten und lernt daraus, um personalisierte Empfehlungen zu generieren. Wer mehr vom Gleichen sehen möchte, erhält dies, ohne selbst aktiv werden zu müssen. Die Nutzer werden auf diese Weise in einen geschlossenen Themenkomplex gelockt, wobei die Gefahr besteht, dass aus diesem *rabbit hole* kaum mehr herauszufinden ist. Daher hat die „Für-Dich-Seite“ ein hohes Suchtpotenzial und fördert die Social-Media-Abhängigkeit bei Kindern und Jugendlichen.

Erfolgreich ist auf TikTok derjenige Nutzer, der wenig differenzierte, mitunter provokante und skandalöse Inhalte verbreitet, die bei den Betrachtern Emotionen hervorrufen, die sie zu einer Interaktion veranlassen. Dabei unterscheidet der TikTok-Algorithmus nicht zwischen einer positiven oder negativen Resonanz bei den Konsumenten. Aus diesen Gründen thematisieren Extremisten in ihren Kurzvideos oft gesellschaftlich polarisierende Debatten und emotionalisierende „Trigger-Ereignisse“. Zeitgleich verbreiten sie ihre extremistischen Einstellungen über eine Lifestylewelt, die einen normalen Einblick in den Alltag gibt und angeblich Positives vermitteln soll: gemeinsame Wanderungen, gemeinsames Grillen, gemeinsames Kampfsporttraining. Daher bleibt die erste extremistische Ansprache meist unerkannt und der Algorithmus bietet den Nutzern ähnliche extremistische Inhalte an. Der interaktionsbasierte Algorithmus begünstigt eine schnelle Verbreitung von extremistischen Narrativen.

Das gesamte rechtsextremistische Spektrum ist auf TikTok vertreten und präsentiert sich dabei sehr heterogen. Dies betrifft zum Beispiel rechtsextremistische



Tanz- und Liedertrends, rechtsextremistische Lifestyles und die Glorifizierung des Nationalsozialismus bis hin zu verherrlichenden Videos von rechtsterroristischen Anschlägen. Aus der ideologischen Sicht der Neuen Rechten ist TikTok ein „metapolitischer“ (vopolitischer) digitaler Raum, in dem der öffentliche Diskurs beeinflusst wird. Rechtsextremistische Inhalte sollen im Alltag als „normal“ wahrgenommen, mithin der Rechtsextremismus „entgrenzt“ werden und sich allmählich in der Mitte der Gesellschaft ausbreiten.

Trotz seiner fundamentalen Kritik am „ewigen Fortschritt“ der Moderne und den damit angeblich verbundenen „sozialen, seelischen, kulturellen, demographischen Flurschäden“ wird in TikTok ein „Spielraum [gesehen], der genutzt werden muß“. In einer rechtsextremistischen Zeitschrift wird dabei zum Beispiel auf die Relevanz von Modernisierungen hingewiesen:

„Technischer Fortschritt bewirkte stets eine Beschleunigung, Intensivierung und oft eine Dezentralisierung der Kommunikation. Das wirkte sich auf die Stabilität von Metaerzählungen und staatlichen Autoritäten aus. Politische Systeme konnten jäh in sich zusammenbrechen. Ohne Buchdruck kein Luther, ohne moderne Druckerpresse keine liberalen Revolutionen und ohne Smartphones keine Farbrevolution“.

Die extremistischen Bestrebungen im digitalen Raum finden ein Echo in der analogen Welt, je mehr extremistische Inhalte Eingang in die demokratische Gesellschaft finden, desto normaler fühlt sich dies für ihre Angehörigen an. Schlimmstenfalls können daraus schwere Gewaltstraftaten resultieren. So gewann im Berichtsjahr das Phänomen des sogenannten Pedo Hunting, das heißt die „Jagd“ auf angebliche Pädophile, in der rechtsextremistischen Szene an Relevanz. Im Internet und in den sozialen Medien gaben sich Rechtsextremisten als Minderjährige aus, um angebliche Pädophile zur Preisgabe ihrer Personalien zu bewegen und sie in der Folge öffentlich bloßzustellen. Es wurden Treffen in der analogen Welt vereinbart, um angebliche Pädophile in eine Falle zu locken und diese im Anschluss festzusetzen oder körperlich anzugreifen. Indem Rechtsextremisten Themen wie sexuellen Kindesmissbrauch instrumentalisieren, wollen sie Akzeptanz in der gesellschaftlichen Mitte finden. Der im Februar 2024 in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) von den Sicherheitsbehörden vereitelte rechtsextremistische Angriff auf einen angeblichen Pädophilen verdeutlicht, wie schnell die Radikalisierung in einer digitalen Echokammer das Leben von Menschen bedrohen kann (siehe auch S. 75).

Auch im Islamismus spielt TikTok eine zentrale Rolle. Die Missionsaktivitäten in der analogen Welt (zum Beispiel Koranverteilaktionen in Fußgängerzonen) haben sich in die digitale Welt verschoben, wo Islamisten ihre salafistischen/jihadistischen Inhalte bei einer jungen Zielgruppe niedrigschwellig verbreiten. Ein wesentliches Element dieser Onlineaktivitäten sind salafistische Prediger, die zu reichweitenstarken TikTok-Influencern aufgestiegen sind und den islamistischen Diskurs in einer modernen, zielgruppen-gerechten Erscheinungsform verbreiten. So erzielten salafistische Prediger durch ihre popkulturellen Referenzen und ihr jugendaffines Auftreten mit ihren Kurzvideos zum Beispiel eine Millionenreichweite bei der Generation Z. Demokratiefeindliche Hassbotschaften wurden überwiegend über Frage- und Antwortvideos transportiert: „Darf man das Solarium besuchen?“ „Darf man in einem Supermarkt arbeiten?“ „Ist es erlaubt, wählen zu gehen?“ Zu all diesen Fra-

gen haben die salafistischen Prediger eine kurze, leicht verständliche Antwort. Die entsprechenden Videos wirken zunächst unverfänglich bzw. harmlos und bieten ein klares Werte- und Orientierungssystem für junge Menschen. Dahinter stecken jedoch extremistische Narrative, die oft nicht entlarvt werden. Dadurch wird die Normalisierungs- und Entgrenzungstendenz des Islamismus befördert. Auf diese Weise hat sich der Islamismus auf TikTok zu einer Gegenkultur mit Lifestylecharakter entwickelt.

Darüber hinaus spielt TikTok seit dem Terrorangriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 eine bedeutende Rolle bei der Verbreitung von Desinformationen, antisemitischen Narrativen und Israelhass. Für die islamistische Szene war der brutale und barbarische Überfall ein „Trigger-Ereignis“, das auf TikTok vielfach in Verbindung mit antisemitischen Narrativen aufgegriffen, inszeniert und zelebriert wurde. Durch ihre Kurzvideos hatte die islamistische Szene ihren Anteil daran, die antiisraelischen sowie antisemitischen Proteste zu emotionalisieren und auch zu eskalieren. So bezeichnete ein salafistischer Prediger unter Tränen die toten palästinensischen Kinder als „Märtyrer“, von denen ihre Mütter sagen sollten, „ich habe sie für dich [Allah] geopfert“.

Angeichts der mit der „TikTokisierung“ des Extremismus verbundenen Herausforderungen beschäftigte sich das KOREX des LfV im Berichtsjahr unter anderem mit dem Thema „Der Kampf um die Köpfe – Wie Rechtsextremisten unsere Demokratie in der digitalen Welt angreifen“ und veranstaltete eine Vielzahl von Fortbildungsformaten insbesondere für den Kultusbereich. Ziel war es, die Medienkompetenz vor allem von Schülerinnen und Schülern zu stärken, um extremistische Erscheinungsformen – besonders im Kontext sozialer Medien – besser erkennen zu können.

FOKUS # 2: EXTREMISTISCHES PERSONENPOTENZIAL IN HESSEN – GEWALTORIENTIERUNG

- Das **gesamte extremistische Personenpotenzial** in Hessen ging im Berichtsjahr erneut zurück und betrug 12.905 (2023: 13.110). Dieser Rückgang resultierte aus einer Abnahme des Personenpotenzials im Phänomenbereich auslandsbezogener Extremismus.
- Dagegen nahm das **rechtsextremistische Personenpotenzial** von 1.775 (2023) auf 1.790 zu. Die Anzahl der gewaltorientierten Rechtsextremisten stieg ebenfalls an (2024: 935, 2023: 905), sodass nahezu die Hälfte des rechtsextremistischen Personenpotenzials gewaltorientiert war. Erneut erhöhte sich auch das Personenpotenzial der **Reichsbürger- und Selbstverwalterszene** von 1.200 (2023) auf 1.250.
- Das **linksextremistische Personenpotenzial** blieb gegenüber dem Vorjahr mit 2.600 Personen konstant, wogegen die Anzahl der gewaltorientierten Linksextremisten leicht von 720 (2023) auf 730 anstieg. Damit war fast ein Drittel aller Linksextremisten gewaltorientiert.
- Auch das gesamte **islamistische Personenpotenzial** blieb wie im Vorjahr mit 3.890 gleich; das salafistische Personenpotenzial betrug wie im Vorjahr 1.400, wovon etwas mehr als die Hälfte dem Spektrum des gewaltorientierten jihadistischen Salafismus zuzurechnen war.
- Das **Personenpotenzial des auslandsbezogenen Extremismus** verminderte sich von 3.795 (2023) auf 3.375, was vor allem aus einem Rückgang im Bereich der in den sozialen Medien und im Internet aktiven, nichtorganisierten Anhänger der Ülkücü-Bewegung resultierte.





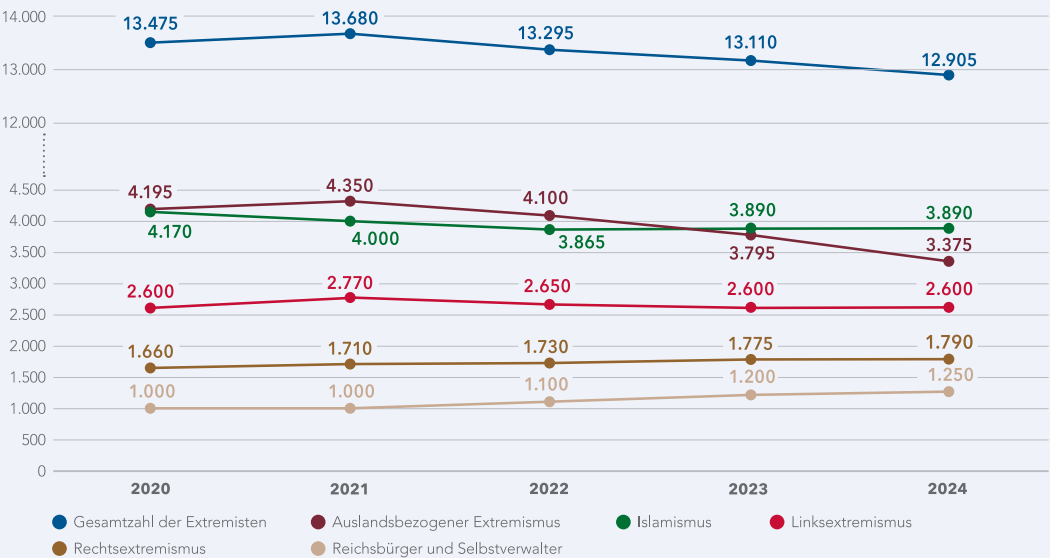
Infobox

Extremistisches Personenpotenzial ist ein verfassungsschutzspezifischer Begriff, unter dem die Menge all jener Personen verstanden wird, die einem extremistischen Phänomenbereich, etwa dem Rechtsextremismus, zugerechnet wird. Die kontinuierliche Beobachtung des Personenpotenzials durch den Verfassungsschutz dient unter anderem der Einschätzung der Reichweite und Handlungsfähigkeit der jeweiligen extremistischen Gruppierungen.

Grundsätzlich werden einem Personenzusammenschluss bzw. Beobachtungsobjekt alle jene Personen zugerechnet, die ihm entweder erkennbar angehören oder dessen Ziele nachhaltig unterstützen.

Ein Beobachtungsobjekt kann jede Gruppierung sein, von einer Partei bis hin zu einem losen Personenzusammenschluss. Zum Personenpotenzial zählen unter anderem Funktionäre, Mitglieder, Angehörige oder Aktivisten, aber auch solche Personen, die eine Gruppierung offen oder verdeckt unterstützen, etwa durch die Teilnahme an Veranstaltungen oder Spenden. Da nicht alle Personen über längere Zeiträume kontinuierlich in einer oder für eine Gruppierung aktiv sind, muss die Angabe eines Personenpotenzials unter Einbeziehung und sorgfältiger Abwägung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse geschätzt werden.

Gesamtes extremistisches Personenpotenzial in Hessen (2020 bis 2024)



FOKUS # 3: POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT (PMK): ENTWICKLUNG DER EXTREMISTISCHEN SOWIE DER ANTISEMITISCHEN STRAF- UND GEWALTSTATEN

- Die **Gesamtzahl der extremistischen Straf- und Gewalttaten** in Hessen erhöhte sich im Berichtsjahr sehr deutlich von 1.881 (2023) auf 2.527 (2024), was einer Zunahme um etwa 34 Prozent entsprach. Innerhalb des Fünfjahreszeitraums 2020 bis 2024 erreichte die Gesamtzahl der extremistischen Straf- und Gewalttaten im Berichtsjahr ihren höchsten Wert.
- Die Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich **Rechtsextremismus** nahmen am deutlichsten zu: Sie stiegen von 1.445 (2023) auf 1.997 (2024), was einer Zunahme von mehr als 38 Prozent entspricht.
- Die Zahl der Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich **Linksextremismus** erhöhte sich von 138 (2023) auf 155 (= plus zwölf Prozent).
- Im Phänomenbereich **Islamismus** ging die Anzahl der Delikte signifikant von 146 (2023) auf 57 (2024) zurück (= minus 61 Prozent).
- Im Phänomenbereich **auslandsbezogener Extremismus** erhöhte sich die Anzahl der Straf- und Gewalttaten von 105 (2023) auf 263 (2024), was einer Steigerung um 150 Prozent gleichkam.
- Auf die Kategorie „**sonstige Zuordnung**“ (SZ) entfielen 55 Straf- und Gewalttaten (2023: 47).
- Die **Gesamtzahl der extremistischen Gewalttaten** stieg von 66 (2023) auf 74 (= plus zwölf Prozent): im Phänomenbereich Rechtsextremismus von 48 (2023) auf 52 (2024), im Phänomenbereich Linksextremismus von 9 (2023) auf 15 (2024). Im Phänomenbereich Islamismus war im Berichtsjahr nur ein Gewaltdelikt (2023: drei) zu verzeichnen, im Phänomenbereich auslandsbezogener Extremismus vier Gewalttaten (2023: sechs).
- Nach dem erheblichen Anstieg der **antisemitischen Straftaten** von 107 (2022) auf 347 (2023) erhöhte sich deren Anzahl im Berichtsjahr nochmals um 10 Delikte (2024: 357). Die meisten Straftaten gab es in den Bereichen PMK – rechts (213) und PMK – ausländische Ideologie (101). Von den 357 Delikten wiesen 61 einen expliziten Bezug zum Nahostkonflikt auf. Der Anteil der Gewaltdelikte erhöhte sich von drei (2023) auf 11.





Infobox

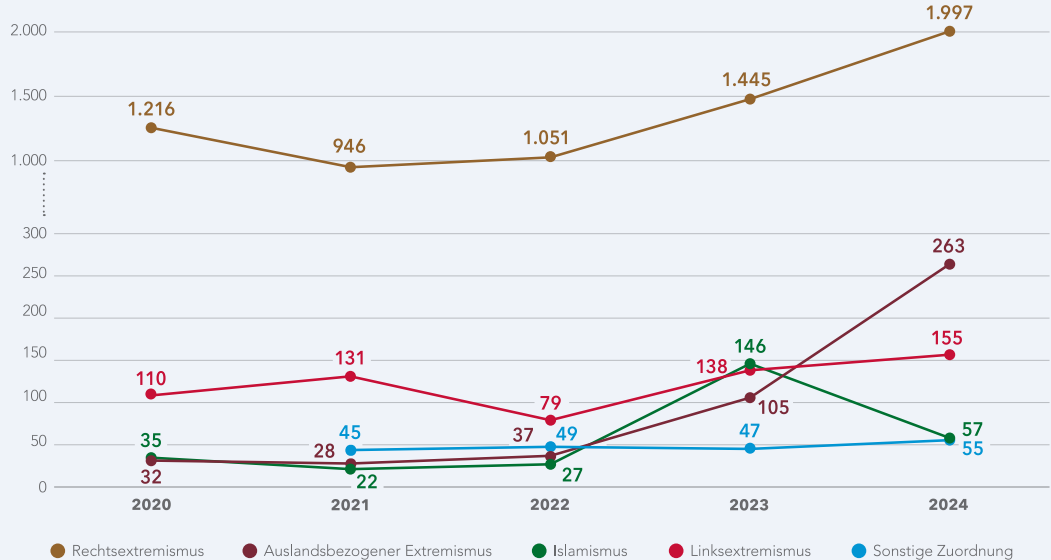


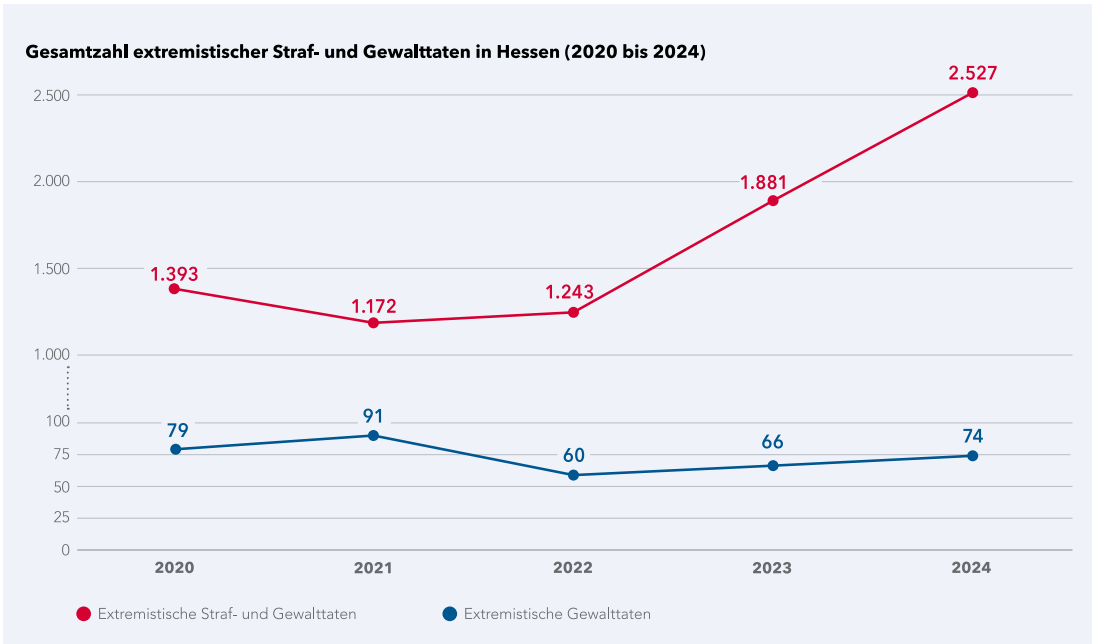
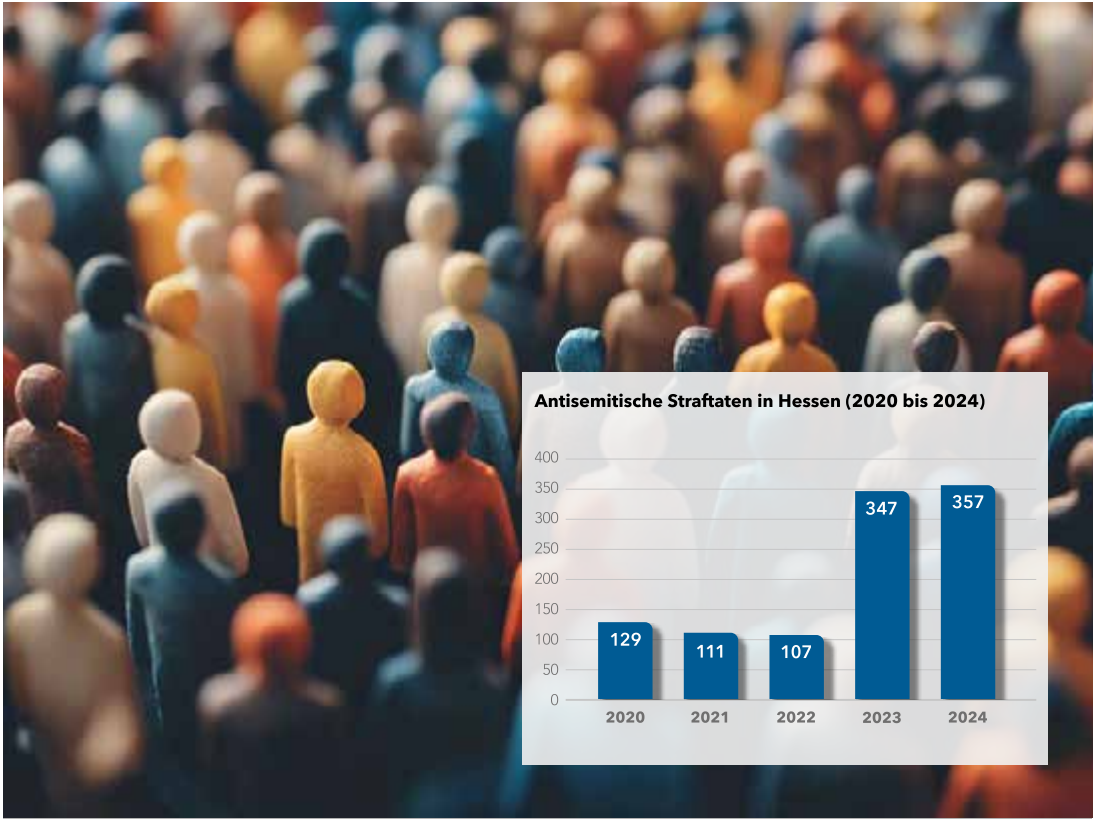
Die **PMK** erfasst alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sogenannten klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen sowie Straftaten, bei denen Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind. Die Daten werden im Polizeibereich erhoben und für Hessen durch das HLKA unter verschiedenen Gesichtspunkten differenziert dargestellt. Die Straftaten werden folgenden Phänomenbereichen zugeordnet:

- PMK – rechts.
- PMK – links.
- PMK – religiöse Ideologie.
- PMK – ausländische Ideologie.
- Sonstige politisch motivierte Straftaten.

Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern beobachten lediglich die **extremistisch politisch motivierten Straftaten**, das heißt eine **Teilmenge der PMK**, also Delikte, bei denen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie auf die Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielen.

Extremistische Straf- und Gewalttaten in Hessen (2020 bis 2024)





RECHTSEXTREMISMUS

- Parteiunabhängige bzw. parteiungebundene Strukturen
- Sonstige parteiunabhängige Strukturen
- Lose strukturierter Rechtsextremismus
- Parteigebundene Strukturen bzw. Parteien
- Flüchtlinge im Visier von Rechtsextremisten

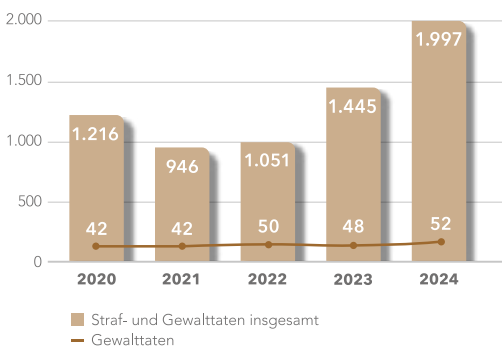
INFOBOX

Rechtsextremisten bekämpfen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zum Teil mit Gewalt. Das deutsche Volk ist für sie der höchste Wert, die Rechte und Freiheiten anderer Völker und Nationen wie auch die des einzelnen Menschen ordnen sie diesem Nationalismus unter: Im Sinne eines völkischen Kollektivismus hat das Individuum seinen Wert nur durch die Zugehörigkeit zum Volk, das heißt durch eine bestimmte Herkunft. Ein Teil der Rechtsextremisten behauptet, für die Vielfalt der Völker einzustehen und verwendet hierfür den Begriff Ethnopluralismus.

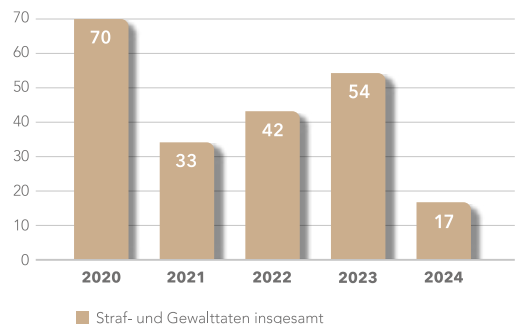
Rechtsextremisten vertreten somit eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung widerspricht. An die Stelle demokratischer Entscheidungsprozesse möchten sie einen autoritären Staat setzen, in dem nur der angeblich in sich einheitliche Wille des Volkes herrscht.

Ihre Ziele verfolgen Rechtsextremisten auf unterschiedliche Art und Weise. Rechtsextremistische Parteien treten zu Wahlen an und versuchen, sich demokratischer Strukturen zu bedienen, um diese letztlich abzuschaffen. Demgegenüber setzen Neonazis vor allem auf den „Kampf um die Straße“. Akteure und Gruppierungen aus dem Spektrum der Neuen Rechten streben einen „Systemwandel“ durch die Besetzung des vopolitischen Raums und die Beeinflussung des gesellschaftlichen Diskurses („Metapolitik“) an, um rechtsextremistische Inhalte und Forderungen mehrheitsfähig zu machen.

Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten in Hessen (2020 bis 2024)



Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten in Hessen im Kontext Migration (2020 bis 2024)¹



¹ In die Gesamtzahl fallen gegen Asyl-/Flüchtlingsunterkünfte, gegen Asylbewerber/Flüchtlinge sowie gegen Hilfsorganisationen und Helfer gerichtete Delikte.

Rechtsextremistisches Personenpotenzial hessen- und bundesweit (2020 bis 2024)¹

	2020	2021	2022	2023	2024
in Parteien					
Hessen	340	350	355	370	480
Bund	13.250	11.800	15.500	16.300	25.000
davon in der Partei					
Die Heimat (ehemals NPD)					
Hessen	260	260	260	260	270
Bund	3.500	3.150	3.000	2.800	2.500
Der Dritte Weg					
Hessen	20	30	35	50	55
Bund	600	650	700	800	950
sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien					
Hessen	50	50	55	55	155
Bund	8.600	7.500	1.150	1.100	350
in parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen ²					
Hessen	710	745	765	755	775
Bund	7.800	8.500	8.500	8.500	8.500
weitgehend unstrukturiertes rechts-extremistisches Personenpotenzial ³					
Hessen	610	615	610	650	660
Bund	13.700	15.000	16.000	17.000	18.000
Gesamtzahl der Rechtsextremisten nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften					
Hessen	1.660	1.710	1.730	1.775	1.790
Bund	33.300	33.900	38.800	40.600	50.250
davon gewaltorientiert ⁴					
Hessen	860	860	880	905	935
Bund	13.300	13.500	14.000	14.500	15.300

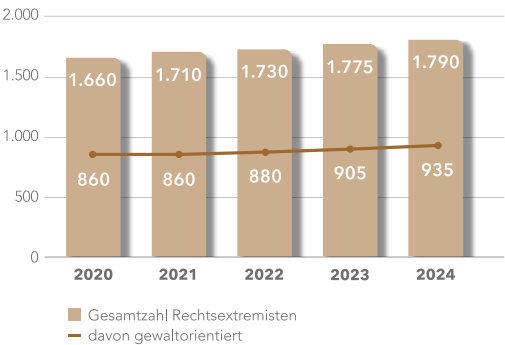
1 Die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet.
2 Unter **parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen** wurden in Bezug auf Hessen vor allem Neonazis sowie die Identitäre Bewegung (IB) erfasst.
3 Unter weitgehend **unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial** fallen unter anderem Anhänger der subkulturellen Musikszene.
4 Der Oberbegriff **gewaltorientiert** umfasst die Begriffe gewalttätig, gewaltbereit, gewaltunterstützend und gewaltbefürwortend.

Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten in Hessen (2020 bis 2024)

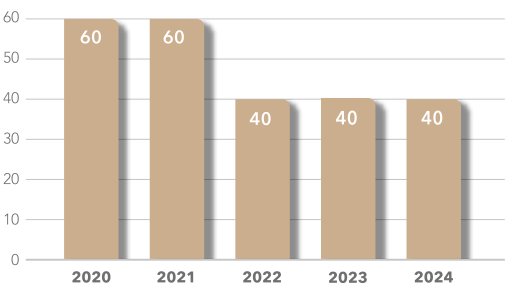
	2020	2021	2022	2023	2024
Deliktart					
Tötung	1	0	0	0	0
Versuchte Tötung	1	1	0	0	0
Körperverletzung	40	40	49	46	50
Brandstiftung/Sprengstoffdelikte	0	0	0	2	0
Landfriedensbruch	0	0	0	0	0
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs, Luft- und Straßenverkehr	0	0	0	0	1
Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte	0	1	1	0	1
Gewalttaten insgesamt	42	42	50	48	52
Sonstige Straftaten					
Sachbeschädigung	29	20	19	27	34
Nötigung/Bedrohung	30	26	17	25	21
Andere Straftaten*	1.115	858	965	1.345	1.890
Straf- und Gewalttaten insgesamt	1.216	946	1.051	1.445	1.997

* Hierunter fallen insbesondere Propagandadelikte, Volksverhetzung, Beleidigungen sowie die Belohnung und Billigung von Straftaten.

Rechtsextremistisches Personenpotenzial in Hessen (2020 bis 2024)



Entwicklung des Personenpotenzials der IB in Hessen (2020 bis 2024)



WICHTIGE ENTWICKLUNGEN

- Das **rechtsextremistische Personenpotenzial** erhöhte sich im Berichtsjahr erneut und betrug 1.790 (2023: 1.775). Die Zahl der gewaltorientierten Rechtsextremisten stieg von 905 (2023) auf 935 (2024) an. Damit erreichte sowohl die Zahl des rechtsextremistischen Personenpotenzials als auch die der Gewaltorientierten ihren höchsten Wert im Fünfjahreszeitraum 2020 bis 2024.
- Die Zahl **der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten** stieg um 552 Delikte von 1.445 (2023) auf 1.997, was einer Zunahme um rund 38 Prozent entspricht. Diese Erhöhung resultierte insbesondere aus der Zunahme im Bereich „andere Straftaten“ (Propagandadelikte, Volksverhetzung, Beleidigungen sowie die Belohnung und Billigung von Straftaten). Mit 52 rechtsextremistischen Gewalttaten stieg deren Zahl gegenüber dem Jahr 2023 (48) leicht an, wobei sich die Gewaltdelikte im Berichtsjahr überwiegend aus Körperverletzungsdelikten zusammensetzten.
- Die **gegen die Migration gerichteten rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten** reduzierten sich von 54 (2023) auf 17. Im Fünfjahreszeitraum 2020 bis 2024 war dies der niedrigste Wert. Elf Delikte (2023: 46) richteten sich gegen Asylbewerber/Flüchtlinge, sechs (2023: sieben) gegen Asyl-/Flüchtlingsunterkünfte. Der deutliche Rückgang ist aber kein Grund zur Entwarnung. Fremdenfeindliche Agitation und daraus resultierende rechtsextremistisch motivierte Delikte bergen weiterhin die Gefahr, dass sich Einzelpersonen und Gruppierungen radikalieren und schwerste Straftaten gegen Migranten begehen.
- Im Berichtsjahr bildete die Forderung nach „Remigration“ das zentrale Element der Aktivitäten der **Identitären Bewegung Deutschland e.V. (IBD)**, zu der als Regionalgruppe die **Identitäre Bewegung Hessen (IBH)** gehörte. Die IBD versuchte, die Debatte in der Mitte der Gesellschaft über die Migrationspolitik mitzuprägen und sich dabei einen möglichst unverfänglichen und grundgesetzkonformen Anschein zu geben, um von Teilen der Bevölkerung als akzeptable Alternative zum demokratischen „Mainstream“ wahrgenommen zu werden. Tatsächlich will die IBD

aber durch die „Remigration“ ein ethnisch weitestgehend homogenes Volk „wiederherstellen“, um dem angeblich von den Regierenden betriebenen „Bevölkerungsaustausch“ entgegenzuwirken. Würde dies realisiert, wären davon alle Menschen in Deutschland betroffen, die nicht den von der IBD definierten ethnischen Kriterien genügen, darunter auch deutsche Staatsbürger.

Bei dem Halt des identitären Aktivisten Martin Sellner in Gladenbach (Landkreis Marburg-Biedenkopf) im Rahmen seiner bundesweiten „Lese-reise: Remigrationstour“ waren auch Angehörige der Jungen Alternative (JA) Hessen anwesend. Die sich als vermeintlich harmlos und „patriotisch“ inszenierende IBD findet mittlerweile ein generationenübergreifendes Publikum; darüber hinaus ist die von ihr vertretene „Remigrationsideologie“ auch für andere Akteure aus dem Spektrum der Neuen Rechten attraktiv.

Das seit Jahren gesteigerte Interesse der IBD an Kampfsport geht über die bloße Inszenierung körperlicher Wehrhaftigkeit und die Darstellung angeblich traditioneller Männlichkeitsideale hinaus. Vielmehr sieht sich die IBD von Angriffen politischer Gegner und Ausländerkriminalität bedroht und wappnet sich für von ihr befürchtete Auseinandersetzungen. In Abgrenzung zu der als „verweichlicht“ wahrgenommenen Mehrheitsgesellschaft wirken Kampfsporttrainings darüber hinaus identitätsstiftend und ermöglichen es, neue Anhänger unter erlebnisorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu gewinnen.



- Im Landkreis Kassel bemühte sich **Meinolf Schönborn** weiterhin, sein „Kulturzentrum Ludenbeck“ als rechtsextremistischen Veranstaltungs- und Vernetzungsraum auszubauen. Vor diesem Hintergrund gab er die Zeitschrift **Recht und Wahrheit** heraus, betrieb einen Versandhandel und war im Internet und in den sozialen Medien aktiv. Dabei agitierte er unter anderem gegen die Demokratie und deren Repräsentanten. Darüber hinaus kandidierte er – erfolglos – für die Partei Die HEIMAT zur Europawahl.
- Vor dem Hintergrund der seit Jahren erfolgreichen staatlichen Vereinsbote verloren im Bereich des **Neonazismus** klassische Organisationsstrukturen wie etwa Kameradschaften in Hessen weiter an Bedeutung. Neonazis agierten im Rahmen informeller Gruppierungen oder handelten als Einzelpersonen. Zwar fanden in Hessen im Berichtsjahr keine öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen der Neonaziszene statt, doch war sie weiterhin bestrebt, die überregionale Vernetzung zu intensivieren und bereits bestehende Kontakte auszubauen. Dieser Trend dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit auch künftig anhalten. Es ist davon auszugehen, dass für die Neonaziszene die Bedeutung der sozialen Medien und Kommunikationsplattformen im Internet zunehmen wird und diese noch intensiver genutzt werden. Dies betrifft vor allem die Verbreitung neonazistischer Propaganda, die Vernetzung der Szene und die Rekrutierung neuer Anhänger.
- Soweit rechtlich und tatsächlich möglich, unterbinden die Sicherheitsbehörden **rechtsextremistische Musikveranstaltungen** in Hessen. Konzerte und Liederabende fanden fast nur im privaten Rahmen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und nach konspirativer Vorbereitung statt. Im Berichtszeitraum kam es in Hessen zu fünf Veranstaltungen. Da rechtsextremistische Musik und der Besuch entsprechender Veranstaltungen unvermindert eine „Einstiegsdroge“ für das Abrutschen in die Szene sind, bildet das Spektrum der **subkulturell orientierten Rechtsextremisten** ein wichtiges Beobachtungsfeld für den Verfassungsschutz in Hessen. Mit jeder verhinderten Musikveranstaltung verliert die rechtsextremistische Szene eine Anlaufstelle und ein Binde-



glied zu Jugendlichen, die noch außerhalb des Rechtsextremismus stehen.

- Aufgrund der im Berichtsjahr ergriffenen staatlichen Maßnahmen hat die rechtsextremistische Szene ihre Veranstaltungen weitgehend in das europäische Ausland verlagert. **In Hessen wurde keine rechtsextremistische Kampfsportveranstaltung** registriert. Kampfsportturniere haben sich in der erlebnisorientierten Szene neben der Musikkultur zu einem bedeutenden Faktor entwickelt, was unter anderem auf deren professionelle Durchführung und geschickte Selbstinszenierung in den sozialen Medien zurückzuführen ist. Gewaltästhetik, ein an Aktivität und Gesundheit orientierter Körperkult und Elemente eines „modernisierten“ Rechtsextremismus verleihen der früher durch den Nationalsozialismus glorifizierten Kriegerideologie eine neue Bedeutung.

Die rechtsextremistische Kampfsportpropaganda geht immer mit der Diffamierung der Demokratie und ihrer Repräsentanten einher. Nach rechtsextremistischer Ansicht schütze der Staat die einheimische Bevölkerung nicht ausreichend vor gewalttätigen Migranten und subventioniere ferner den „paramilitärischen“ Linksextremismus. In einem für „Patrioten“ und „Volksfreunde“ feindlichen Staat sind daher Kampfsport und daraus resultierende Wehrhaftigkeit alternativlos. Weitere verbale und physische Konfrontationen zwischen Rechtsextremisten und Linksextremisten sind daher möglich.

- Die **JA Hessen** konzentrierte sich im ersten Halbjahr des Berichtsjahrs im Zuge der Europawahl vornehmlich darauf, die sich zuspitzende gesellschaftliche Migrationsdebatte zu beeinflussen. Vor allem das im Januar durch das Medienunternehmen Correctiv bekanntgewordene „Geheimtreffen“ in Potsdam (Brandenburg), entsprechende Medienberichte und die Trauer um einen in Mannheim (Baden-Württemberg) durch einen mutmaßlichen Islamisten getöteten Polizisten versuchte die JA Hessen für sich zu nutzen: Sie betrachtete diese Ereignisse als günstige Gelegenheiten, um die Forderung der Neuen Rechten nach „Remigration“ in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Die JA Hessen bezog sich dabei auf das rechtsextremistische Verschwörungsnarrativ des „Bevölkerungsaustauschs“, was sie in den vergangenen Jahren bewusst vermieden hatte, um in der Öffentlichkeit eine bürgerliche Fassade aufrechtzuerhalten.

Im Unterschied zu früher warb die JA Hessen öffentlich für eigene Veranstaltungen und öffnete sich – mit dem Ziel der Rekrutierung – auch für interessierte Außenstehende. Nach der Neuwahl des Landesvorstands im Juni kamen ihre Aktivitäten aber weitgehend zum Erliegen. Die Besetzung von JA-Schlüsselpositionen mit Mitgliedern des Hessischen Landtags aus den Reihen der Alternative für Deutschland (AfD) deutet darauf hin, dass

man unliebsam gewordene Funktionäre aus dem Amt drängen und die Mutterpartei einen steuernden Einfluss auf ihre Jugendorganisation ausüben wollte. Ähnlich sind Aussagen des neuen JA-Landesvorsitzenden Jochen Roos zu bewerten. In einem am 1. Juli veröffentlichten Interview erklärte er, dass es Aufgabe der JA Hessen sei, junge Menschen an die Mutterpartei heranzuführen, um einen „jungen Unterbau“ für die Mutterpartei zu schaffen. Im Sinne einer Kaderschmiede sollten aus diesem „Unterbau“ letztlich auch Kandidaten für Mandatsposten gewonnen werden.

Im Juli nahmen Mitglieder der JA Hessen in Begleitung eines aus dem Landesvorstand gedrängten Funktionärs an einer „identitären Remigrationsdemo“ in Österreich teil. Das verdeutlicht, dass es weiterhin ideologische Überschneidungen zwischen Teilen der JA Hessen und der Identitären Bewegung (IB) gab. Der neugewählte Landesvorstand kritisierte diese Teilnahme und distanzierte sich von der IB. Ob es sich dabei um ein taktisches Manöver handelt, um die bürgerliche Fassade der JA Hessen zu wahren und die Angriffsfläche für „Medien und Altparteien“ zu verringern, gilt es weiter zu beobachten.

- Die frühere Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die inzwischen unter der Bezeichnung **Die HEIMAT** firmiert, unterstützte in Hessen die Neuausrichtung der Gesamtpartei hin zu einer rechtsextremistischen Netzwerk- und Sammlungsbewegung. Hierzu griff Die HEIMAT Hessen neben der „Migrationspolitik“ auf wirtschafts-, rüstungs- und sicherheitspolitische Themen zurück, um Anschluss an verschiedene Protestbewegungen in der Gesellschaft zu finden, so etwa bei den Protesten der Landwirte gegen die Haushaltspläne der Bundesregierung. Dabei betätigten sich Mitglieder der HEIMAT Hessen nicht nur im Internet und in den sozialen Medien, sondern zeigten mit Bannern und Plakaten auch Präsenz bei entsprechenden Demonstrationen. Sowohl bei örtlichen Wahlen in Hessen als auch bei der Europawahl im Juni fielen die Resultate aus der Perspektive der Partei ungenügend aus. Mit Blick auf das Ergebnis der Europawahl (0,1 Prozent) stellte sich für den Spitzenkandidaten



und früheren NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt die „Daseinsfrage im eigenen politischen Engagement“. Er sprach von einer „extreme[n] Polarisierung zugunsten der AfD“, was für Die HEIMAT zu einem der „schlechtesten Wahlergebnisse seit Bestehen unserer nationalen Bewegung in der BRD“ geführt habe.

Zu dieser „Daseinsfrage“ passte, dass der langjährige Bundesvorsitzende Frank Franz auf dem Bundesparteitag in Sachsen im November nicht wieder kandidierte. Ob sein Nachfolger Peter Schreiber die Neuausrichtung weiter vorantreiben und die Partei aus ihrer zunehmenden Bedeutungslosigkeit führen kann, ist jedoch fraglich. Von einer Trendumkehr bei den Wahlergebnissen der HEIMAT ist nicht auszugehen.

- Die neonazistische Partei **Der Dritte Weg** fokussierte sich auf Agitation und Propaganda, was vor allem das Thema „Remigration“, den russischen Überfall auf die Ukraine und in verstärktem Maß die LGBTQ-Community betraf. Hierzu führte Der Dritte Weg etliche Veranstaltungen und Aktionen durch.

Um seine Propaganda zu verbreiten, bediente sich Der Dritte Weg verstärkt des Internets und der sozialen Medien. Vor allem auf ihrer Homepage propagierte die Partei die angebliche Notwendigkeit einer völkischen Politik und einer damit verbundenen „Remigrationspolitik“. Verstärkt war Der Dritte Weg auf TikTok aktiv, um dort mit kurzen Videos und Bildcollagen gezielt Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen und für sich zu gewinnen. Der Dritte Weg agitierte insbesondere gegen das Bürgergeld, das er als eine von vielen „Sozialleistungen für Sozialschmarotzer“ bezeichnete, von der überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund profitierten. Einen Schwerpunkt der Aktivitäten des Dritten Wegs in der „realen“ Welt bildeten sogenannte Gedenkveranstaltungen. Diese sollten der besseren Anschlussfähigkeit der neonazistischen Partei an einen Teil der Gesellschaft dienen, einen Gegenentwurf zur gesellschaftlich weithin akzeptierten und praktizierten Erinnerungskultur bilden und zudem das parteiinterne Gemeinschaftsgefühl stärken.

WICHTIGE BEGRIFFE

Die **Neue Rechte** ist ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen, in dem nationalkonservative bis rechtsextremistische Kräfte zusammenwirken, um mit unterschiedlichen Strategien teilweise antiliberalen und antidemokratischen Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen. Die Akteure haben dabei verschiedene und teils sich ergänzende Funktionen und Rollen inne, die dem gemeinsamen Ziel einer „Kulturrevolution von rechts“ dienen sollen und sich an unterschiedliche Zielgruppen richten. Rechtsextremistische Bezüge ergeben sich aus Verstößen gegen die Menschenwürde sowie das Rechtsstaats- und/oder das Demokratieprinzip in unterschiedlicher Ausformung³.







Mit dem Begriff **Ethnopluralismus** beschreiben Protagonisten der Neuen Rechten – wörtlich übersetzt – eine Vielfalt von Völkern. Dabei unterstellt das in sich nicht stringente Konzept weitestgehend in sich einheitliche Völker. Tatsächlich will der Ethnopluralismus ethnisch reine Staaten und Gesellschaften schaffen, was auf die Entfernung alles „Volksfremden“ hinausläuft⁴.

Mosaikrechte sind insbesondere außerparlamentarische Akteure und Gruppierungen, die im Rahmen einer arbeitsteiligen Strategie die rechtsextremistischen Vorstellungen der Neuen Rechten in die demokratische Gesellschaft tragen wollen. Durch ihr miteinander verzahntes und wechselseitiges Zusammenwirken wollen sie die Vorherrschaft im vorpolitischen („metapolitischen“) Raum erlangen, die Gesellschaft und den Staat umformen und letztlich die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen.

Volksgemeinschaft ist ein zentraler Begriff der nationalsozialistischen Ideologie und steht programmatisch für die Idee des nationalen Sozialismus. Die Volksgemeinschaft ist ein Gegenentwurf zur demokratischen pluralistischen Gesellschaftsordnung und basiert auf einem autoritären Staatsverständnis, das bis hin zur Forderung nach einem Führerprinzip reicht. Das Volk soll sich als Rasse- und Weltanschauungsgemeinschaft geschlossen hinter seinem Führer versammeln⁵.

PARTEIUNABHÄNGIGE BZW. PARTEIUNGEBUNDENE STRUKTUREN

IDENTITÄRE BEWEGUNG DEUTSCHLAND E.V. (IBD)

	Kurzprofil	<p>Die IBD präsentiert sich „modern“, „intellektuell“ und aktionsorientiert und ahmt in ihrer Bildsprache und ihren Aktionsformen den Stil „linker“ Protestbewegungen nach. Hierzu verwendet die IBD Elemente der Popkultur und führt Besetzungen, Sprüh-, Banner- und Stickeraktionen durch. Typisch rechtsextremistische bzw. nationalsozialistische Begriffe wie „Volksgemeinschaft“ und „Rasse“ gehören nicht zum Vokabular der IBD. Stattdessen verwendet sie Chiffren wie „Identität“ und „Ethnie“. Durch medienwirksame Aktionen und ihre Selbstdarstellung in den sozialen Medien versucht die IBD insbesondere internetaffine Jugendliche und junge Erwachsene zu gewinnen, um eine neue völkische Jugendkultur bzw. politische Strömung zu etablieren. Vor allem über die direkte Kommunikation in den sozialen Medien, die nicht auf die traditionelle Berichterstattung und Kommentierung von Fernsehen, Radio und Printmedien (auch im Internet) angewiesen ist, versucht die IB, Begriffe und Inhalte neu und scheinbar unverfänglich zu definieren und damit auch Personen außerhalb der rechtsextremistischen Szene anzusprechen.</p>
	Entstehung	<p>2003 in Frankreich, 2012 in Deutschland.</p>
	Gewalt	<p>Das gesteigerte Interesse der IBD am Kampfsport verdeutlicht, dass für sie dessen Bedeutung über die bloße Inszenierung körperlicher Wehrhaftigkeit und die Verkörperung traditioneller Männlichkeitsideale hinausgeht. Vielmehr sieht sich die IBD von körperlichen Angriffen politischer Gegner und Ausländerkriminalität bedroht und wappnet sich für mögliche Auseinandersetzungen. In Abgrenzung zu einer als „verweichlicht“ wahrgenommenen Mehrheitsgesellschaft wirken Kampfsporttrainings darüber hinaus identitätsstiftend und ermöglichen es der IBD, sich neue Personenpotenziale in Hinblick auf erlebnisorientierte Jugendliche und junge Erwachsene zu erschließen. Der Fall des australischen Rechtsterroristen, der sich bei seinem Anschlag in Christchurch (Neuseeland) in seinem „Manifest“ auf das von der IBD propagierte Verschwörungsnarrativ des „Großen Austauschs“ berief, zeigt, dass die von der IBD verbreitete Ideologie dazu geeignet ist, Radikalisierungsprozesse zu fördern und schwerste Gewaltstraftaten zu legitimieren.</p>
	Bundesvorsitzender	<p>Vincenzo Richter (Sachsen).</p>
	Personenpotenzial	<p>In Hessen 40, bundesweit 450.</p>
	Verfassungsfeindlichkeit	<p>Die IBD/IBH betont die dominierende Bedeutung von Abstammung und Identität und steht damit in Nähe zur völkischen Ideologie von Rechtsextremisten. Aus ihrer Sicht definiert sich die Zugehörigkeit zu einem Staatsvolk exklusiv über die „ethnokulturelle Identität“. Bevölkerungsgruppen, die nicht der eigenen Ethnie entsprechen, werden damit ausgeschlossen. Die IBD/IBH wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

Themen

- „Geheimtreffen“ in Potsdam
- Jubiläumsfeier der IBD
- „Remigrationsdemo“ in Österreich
- „Remigrationstour“ in Hessen
- „Identitäres Bundeslager“



„Geheimtreffen“ in Potsdam

Bei einem „Geheimtreffen“ im November 2023 in Potsdam (Brandenburg), das im Januar 2024 durch einen Bericht des Medienunternehmens Correctiv („Geheimplan gegen Deutschland“) öffentlich bekannt wurde, soll Martin Sellner, der Hauptprotagonist der IB im deutschsprachigen Raum, sein „Remigrations“-Konzept vorgestellt haben, das unter anderem die Forderung nach Abschiebung von aus seiner Sicht nichtassimilierten deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund enthalten haben soll.

In einem am 12. Februar auf ihrem Telegram-Kanal veröffentlichten Beitrag bezeichnete die IBD die Berichterstattung in den Medien über das „Geheimtreffen“ als eine „großangelegte Hetz- und Diffamierungskampagne“. Um über das „Remigrations“-Konzept „aufzuklären“, stellte die IBD die Internetseite www.remigration.jetzt online. In der Rubrik Frequently Asked Questions (FAQ) erläuterte die IBD, dass sie unter „Remigration“ die „Umkehr und Rückabwicklung der Migrationsströme“ verstehe. Die „Remigra-

tion“ sei wegen der „fatalen Folgen und Entwicklungen der Masseneinwanderung der letzten Jahre“ und des Scheiterns des „Multikulturalismus“ notwendig. Der „mediale Mainstream“ versuche mit einer „diffamierenden Lügenkampagne“ den Begriff der „Remigration“ mit „Deportation“ gleichzusetzen. Es gehe der IBD aber nicht um die „pauschale Ausweisung aller Menschen mit Migrationshintergrund“. Gleichwohl müsse eine „relativ-ethnisch-homogene“ Gesellschaft bewahrt und für ein „friedliches, kooperatives und vertrauensbasiertes Zusammenleben“ der „identitäre Kern der (noch)-autochthonen Mehrheitsgesellschaft“ geschützt werden.

Infobox



Das von Sellner propagierte **„Remigrations“-Konzept** ist im Wesentlichen deckungsgleich mit dem der IBD. Es umfasst – neben der Abschiebung aller illegalen Einwanderer und der restriktiven Vergabe von deutschen Staatsbürgerschaften an Ausländer – unter der Maßgabe „die Dosis macht das Gift“ auch Konzepte zur Rückführung von angeblich nichtassimilierten deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund: Auf Letztere müsse ein nicht näher konkretisierter „Anpassungsdruck“ ausgeübt und denjenigen, die sich nicht anpassen wollen, „attraktive Angebote zur Heimkehr“ gemacht werden.



Jubiläumsfeier der IBD

An der Feier zum zehnjährigen Bestehen der IBD am 1. Juni in Bernsdorf (Sachsen) nahm neben dem ehemaligen Regionalleiter der IBH auch ein Mitglied der IBH teil. Auf ihrem Telegram-Kanal verkündete die IBD, dass man auf „10 wilde Jahre Widerstand“ zurück- und auf „kommende Aktionen“ vorausgesehen habe. Zu der Feier veröffentlichte die IBD ein Video, in dem sie sich als avantgardistische Jugendbewegung inszenierte und eine Banneraktion durchführte.

„Remigrationsdemo“ in Österreich

Am 20. Juli fand in Wien eine „identitäre Remigrationsdemo“ statt, an der nach Angaben der IBD „bundesdeutsche Aktivisten“ gemeinsam mit „Österreichern und weiteren Gästen aus dem europäischen

Ausland“ ein „starkes Zeichen für Remigration und die Erhaltung Europas als Heimat der Europäer“ setzten. Für die Veranstaltung hatte die IBD mit einem in den sozialen Medien geteilten Beitrag geworben, in dem die „identitäre Remigrationsdemo“ als Reaktion auf eine angeblich „seit Jahrzehnten anhaltende Ersetzungsmigration“ beschrieben wurde, die „unsere Zukunft“ raube und „unsere Heimat“ zerstöre.

Einen Tag vor der „identitären Remigrationsdemo“ hatte die Identitäre Bewegung Österreich (IBÖ) eine Boxveranstaltung organisiert, bei der Martin Sellner eine Ansprache hielt. Er schwor die Besucher auf die Demonstration ein, bezeichnete die Anwesenden als Verteidiger Europas und der Städte und wies auf die angebliche Anreise von „militanten“ politischen Gegnern hin. Eine aus Berlin stammende Teilnehme-

Infobox

Die IBD betont die dominierende Bedeutung von **Abstammung** und **Identität** und steht damit in der Nähe zur völkischen Ideologie von Rechtsextremisten. Den Menschen nimmt die IBD nicht primär in seiner Individualität, sondern vorrangig in Bezug auf seine ethnische Herkunft wahr. Hierzu hieß es auf der Homepage der IBD:

„Die entscheidenden Fragen des 21. Jahrhunderts werden vor allem auf dem Feld der Identitätspolitik gestellt werden. Dabei müssen wir als patriotische Europäer unweigerlich zur Kenntnis nehmen, dass sich in den kommenden Jahren ein zunehmender Migrationsdruck auf Europa entlädt, der zu vielfältigen sozialen, demographischen, kulturellen und ökonomischen Spannungen führt“.

Die IBD rekurriert mit ihrem Konzept des Ethnopluralismus nicht auf die Vordenker des „klassischen“ Rechtsextremismus. Im Gegensatz zu diesen vertritt die IBD die Auffassung, dass es auf die Unterschiedlichkeit der Ethnien im kulturellen Sinne ankomme. Diese „kulturellen“ Eigenarten – im Jargon der IBD die jeweilige „Identität“ – gelte es durch eine größtmögliche

Trennung der verschiedenen Ethnien zu erhalten. Ethnopluralisten geben vor, dabei keine Unterscheidung nach der Wertigkeit einer Ethnie vorzunehmen, was sie vordergründig von den im Rechtsextremismus vorherrschenden rassistischen Ideologien abhebt. Nach eigenen Worten lehnt die IBD eine „qualitative Auf- oder Abwertung“ einer bestimmten „ethnokulturellen Gemeinschaft“ ab. Stattdessen will die IBD die „Identität des deutschen Volkes in ihrer Besonderheit neben den vielen weltweit nebeneinanderstehenden Völkern in ihrer jeweiligen Einzigartigkeit bewahren“.

Die IBD definiert das Staatsvolk in einem rein abstammungsmäßigen Sinne, wodurch Bevölkerungsgruppen, die nicht den eigenen ethnischen Voraussetzungen entsprechen, vom Volksbegriff ausgeschlossen werden. Um eine „ethnokulturelle Identität“ zu erhalten, ist die IBD bemüht, eine Zuwanderung strikt nach aus ihrer Sicht ethnischen und damit in letzter Konsequenz rassistisch-biologistischen Kriterien zu reglementieren.

